

Der Reichskanzler in Münster.

Er sprach zu den Vertretern der deutschen Schriftleiter und zu der Bevölkerung.

Am Sonnabendabend fand zu Ehren des Reichsverbandes der Deutschen Presse ein Empfangsabend statt, der von der Stadt Münster im Saale des historischen alten Rathauses veranstaltet wurde. Nach einer Begrüßungsansprache des Oberbürgermeisters Dr. Sperlich, des Oberpräsidenten Gronowski und des Vorstandes des Reichsverbandes der Deutschen Presse, Chefredakteur Paul Becker nahm der Reichskanzler Dr. Cuno das Wort zu folgender Ansprache.

Sehr geehrte Damen und Herren! Gern benütze ich die Gelegenheit, mit Ihnen zusammenzukommen, um Sie bei Ihrer Tagung zu begrüßen, die, wie Ihr Herr Vorstand sagt, nicht aus Zufall, sondern aus einem tieferen Sinn heraus hierher nach Münster gelegt ist, in die Hauptstadt des Westfalenlandes, dessen Stärke und Trug unser Trost und Schutz ist, in die Stadt nächst dem Schauplatz eines stummen gigantischen Ringens zwischen Recht und Gewalt, in die Stadt, in der starkes deutsches Volkstum und christliche Kultur sich zu vollkommenem Einklang vereinen, in die Stadt, deren Namen mit dem westfälischen Frieden verknüpft, uns daran erinnert, daß schon vor dem Vertrage von Versailles einmal Deutschland aufs tiefste gedemütigt und zerrissen war, die gleichzeitig aber uns zeigt, durch welche Kraft sich das deutsche Volk der neuen Aufrichtung ebnet.

Ihre Tagung beschäftigt sich vorerst mit den Angelegenheiten Ihres Landes, Angelegenheiten, die für die Nation wichtig sind, nicht nur, weil das Gedeihen des Ganzen in unlösbarem Zusammenhange steht mit dem Gedeihen der Teile, sondern auch deshalb und in größerem Sinne, weil die Sorgen und Angelegenheiten Ihres Landes ein besonders bedeutsames Abbild geben von den wirtschaftlichen Nöten und Schicksalen unseres Volkes. Schwere wirtschaftliche Sorge liegt über unserem Volke und verhältnismäßig im besonderen Ausmaße über der Mehrzahl derjenigen, die die qualifizierten Arbeiten, seien es körperliche, seien es geistige Arbeiten, verrichten. Dies trifft auf die große Mehrzahl Ihres Berufes zu, mit Ausnahme weniger, denen ein günstiges Geschick und besondere Kräfte des Geistes und Willens vielleicht ein günstigeres Los bereitet.

Wir müssen alle bereit sein, wirtschaftliche Beengung auf uns zu nehmen, und das ist für ein stilllich reifes Volk nicht das Schlimmste. In dem Punkte aber wird solcher wirtschaftlicher Druck zu einem Unheil, wo er die Geistesfreiheit und Entfaltung behindert. Da scheint mir eine besonders wichtige Aufgabe und Sorge zu sein, daß unsere Presse auch in Zukunft ein wirkliches Abbild der Volksmeinung und Volksstimmung sei, Ausdruck verschiedener Geistestrüchtungen wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und religiösen Sinnes, und daß sie bei aller notwendigen Beachtung des Wirtschaftlichen, Notwendigen und Zweckmäßigen letzten Endes ihren Beruf und Dienst im Geistigen behält und zum Geistigen und Sittlichen unseres Volkes ein Führer bleiben werde. Deshalb ist die Unabhängigkeit der Presse ein sehr großes Gut, eine Unabhängigkeit, die nicht in der Jüggellosigkeit liegt, sondern gerade in der stilllichen Gesundheit der eigenen Verwaltung, eine Unabhängigkeit, die wahrzunehmen ist, nicht allein gegenüber dem Staate und seinen starken Rechten und Eingriffen auf berechnete staatliche Notwendigkeiten, sondern auch gegenüber den Kräften des Wirtschaftslebens. Darin handelt es sich, meine Damen und Herren, um Angelegenheiten, die nicht Ihnen allein wichtig sind, sondern auch uns um des Staates willen.

Sie aber sind gewohnt, tagtäglich nicht von den eigenen Sorgen zu sprechen, sondern den Nöten und Angelegenheiten der Bevölkerung Wort und Ausdruck zu verleihen. Und so wird es auch in Ihrem Sinne sein, wenn ich heute in Ihren Kreisen von der gemeinsamen Not des deutschen Volkes, insbesondere des besetzten Gebietes, spreche. In diesem Zusammenhange wandte sich der Reichskanzler den großen politischen Fragen zu und äußerte nach kurzer Besprechung

der Vorgänge zwischen der Entente und Deutschland in den letzten Jahren, das Memorandum zu der Note vom 2. Mai sei ein natürlicher Schritt auf dem Wege, den Deutschland bisher gegangen sei. Seit dem Einbruch der Franzosen und Belgier in das Ruhrgebiet sei zu dem Ziele der deutschen Politik, die Reparationsfrage zu lösen, noch ein weiteres gekommen:

Es galt alle Kräfte anzuspannen, um für Rhein und Ruhr die Wiederherstellung des Rechtszustandes zu erreichen, es hieß die Bemühungen um die Lösung der Reparationsfrage verdoppeln. Im Hinblick auf Rhein und Ruhr sei auch der neue Schritt der Regierung getan worden.

Wenn man die Sprache der Ehrlichkeit und eines die gegenwärtige Lage berücksichtigenden realpolitischen Geschäftsinnes versteht, werde man in aller Welt nur einen Beweis der Aufrichtigkeit und des ernstesten Willens Deutschlands sehen, die Reparationsfrage der Lösung entgegenzuführen. In der Ergänzung der Note vom 2. Mai habe man sich auf die beiden Fragen beschränkt, die den Anwälten der Alliierten gemeinsam waren: Höhe des Angebotes und wirtschaftliche Garantien.

So sehr wir uns, ohne uns von der geraden Linie unserer Politik zu entfernen, zu jeder Modifizierung des Angebotes bereitfinden konnten, so wenig konnten wir, zumal angesichts der fortschreitenden Schwächung unserer Ressourcen und wirtschaftlichen Kräfte durch den Ruhrstreik, zu einer anderen zahlenmäßigen Selbstschätzung unserer Leistungsfähigkeit gelangen. Zu oft schon haben wir und mit uns unsere Gläubiger erfahren, daß unter Zwang und Druck abgegebene Zahlungsverprechen zu immer neuen Verwicklungen führen.

Deswegen ist in der Frage der Leistungsfähigkeit die Methode des schreibbaren Kaufmanns notwendig.

Nicht aus Gründen eines persönlichen Geschmacks, sondern einfach deshalb, weil sie allein bei denjenigen, die das Reparationsproblem als solches betrachten, und nicht von politischen Zielen wollen, Vertrauen findet. Der Kanzler geht dann speziell auf die Frage der Leistungsfähigkeit ein und erinnert daran, wie weit Deutschland bereits den ihm auferlegten schweren Bedingungen des Versailler Vertrages nachgekommen sei. Danach stellt sich die Leistung Deutschlands an die Alliierten bis Ende 1922 auf rund 54 Milliarden Goldmark. Von der Mithilfe der deutschen Wirtschaft bei der Erfüllung des neuen Angebotes an die Entente erhoffe der Kanzler starken Erfolg, er verhehle aber nicht zu betonen, daß auch die Arbeitnehmerkreise, wie überhaupt jeder Staatsangehörige, nach besten Kräften dazu beitragen müssen, die drückende Last des Vaterlandes mittragen zu helfen.

Mit besonders tiefem Empfinden sprach Dr. Cuno über die Leiden der Bevölkerung des Rheinlandes, denen er für ihr bisheriges treues Aushalten warmen Dank wies. An ihrem Beispiel solle sich auch das übrige Deutschland erheben zum Wohle des Vaterlandes.

Im Anschluß an diese Rede hielt der Reichskanzler vom Balkon des Rathauses aus an die auf dem Rathausplatze überaus zahlreich Versammelten eine Ansprache. Der Kanzler sagte:

„Deutsche Männer und Frauen in Westfalen! Ich danke Ihnen für die Kundgebung, die Sie mir und der Regierung heute Abend dargebracht haben. Sie wissen, wie gern ich in Ihrem Kreise in Münster weile, und ich habe heute aus den Aussprachen mit allen Teilen der Bevölkerung ersehen, wie treu die Westfalen zum Reich stehen (Bravo und Händeklatschen).“

„Ich weiß, daß die Westfalen, die jetzt an der Ruhr kämpfen, das Reich niemals im Stiche lassen werden, und Sie können überzeugt sein, daß das Reich auch die Westfalen niemals im Stiche lassen wird.“

(Bravo und Händeklatschen). Ich bitte Sie, weiter mit

Vertrauen den Arbeiten der Reichsregierung zu folgen, und ich bitte Sie, mit jedem Opfer, mit Geld und Gut den Brüdern und Schwestern zu helfen, damit wir wieder frei werden.“ (Lebhafter Beifall).

Zugunsten Deutschlands entschieden.

Die Delbrückschlichte Deutschland zugesprochen.

Die Grenzkommission in Breslau hat Beschlüsse über die langumstrittene Frage gefaßt, ob die Delbrückschlichte in Oberschlesien an Deutschland oder Polen fallen sollen. Die Entscheidung ist zugunsten Deutschlands gefallen. Zur Zuteilung an Deutschland stimmten außer dem deutschen der englische und italienische Kommissar. Die Grenzkommission hatte schon mehrfach ihre Auffassung dahin zum Ausdruck gebracht, daß Deutschland mehr Anrecht auf die Delbrückschlichte habe als Polen, hat es aber vor der endgültigen Entscheidung noch für zweckmäßig gehalten, das Gutachten eines neutralen Sachverständigen anzuhören. Dieses Gutachten, das von dem Professor an der Bergakademie zu Madrid, Zabrea, erstattet wurde, hat dieser für Deutschland günstigen Entscheidung zugrunde gelegt.

Der Rechtsausschuß gegen 1. Mai und 9. November als Feiertage.

Der Rechtsausschuß des Reichstags diskutierte in fortgesetzter Beratung des Gesetzentwurfes über die Feiertage und Gedenktage über die Bestimmung, wonach die Festsetzung politischer Feiertage für Deutschland grundsätzlich nur durch Reichsgesetz für das ganze Reich geregelt werden soll. Entgegenstehende Festsetzungen der einzelnen Länder sollen außer Kraft treten. Allerdings macht der Regierungsentwurf die Ausnahme, daß diese Vorschrift nicht für den 1. Mai gelten soll. Regierungseitig wurde dazu ausgeführt, daß es nicht im Interesse der Reichseinheit liege, wenn in den verschiedenen Teilen des Deutschen Reiches gegenläufige politische Feiertage gelten. Die Festsetzung verschiedener staatlicher Feiertage führe auch mit Rücksicht auf die Einbeziehung der Verwaltungs- und Behördenämter, der Wirtschaft, des Handels und des Verkehrs zu Unzuträglichkeiten.

Die Sozialdemokraten wünschen, daß nicht nur beim 1. Mai, dem Reichsgesetz entgegenstehende landesrechtliche Bestimmungen nicht aufgehoben werden dürften, sondern, daß dies auch beim 9. November der Fall sein müsse. Sachsen, Baden, Thüringen, Hamburg, Braunschweig, Anhalt, Lübeck und Schaumburg-Lippe hätten den 1. Mai zum Feiertag staatlich erhoben und man müsse auch bezüglich des 9. November freie Hand haben. — Abgelehnt wurde die Bestimmung, die den Ländern bezüglich des 1. Mai freie Hand gibt.

Es gilt also der 1. Mai nicht mehr als Feiertag und kann durch Landesrecht nicht mehr zum Feiertag gemacht werden, sobald das Reichsgesetz verabschiedet ist.

Einen sozialdemokratischen Antrag, den Ländern auch bezüglich des 9. November freie Hand zu lassen, lehnte die Mehrheit des Ausschusses ebenfalls ab. Die übrigen Bestimmungen des Gesetzes wurden angenommen.

Das Ende der öffentlichen Brotversorgung naht.

Der Volkswirtschaftliche Ausschuß des Reichstags nahm § 3 des Gesetzes, der die allgemeine Brotversorgung betrifft, in folgender Fassung an: Die öffentliche Brotversorgung fällt mit dem 15. September fort. Die Reichsregierung kann sie mit Zustimmung des Reichsrates ganz oder teilweise bis zum 15. Oktober 1923 fortsetzen. Zugleich wurde ein Antrag Schiele (D.N.) angenommen, wonach die Verwaltungsabteilung der Reichsgeldstelle spätestens am 31. Dezember ds. Js. aufzulösen ist.

Schicksalswende.

Roman von A. Seifert.

26. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Seine Phantasie zauderte lodende Gestalten auf das Grasland vor dem Hause. O, wie er lebte nach den Genüssen des Lebens! Als ein Darbender, Entsetzter hatte er dahingelebt. Nun schien die Stunde gekommen wo alles so selbstverständlich sich zu seinem Vorteil wenden sollte. Wer konnte verlangen, daß er auf alles verzichtete, was das Geschick ihm in einer guten Laune zuwarf?

Der Organismus seines Oheims war aufgereiht, dessen Leben wäre nur um ein Jahr vielleicht noch zu erhalten gewesen. Vielleicht erholte er sich von dem Anfall, und alles ging noch einmal vorüber. Dann stellte Franz seine Bedingungen. Doch nichts sollte ihn bewegen, den Arzt zu holen oder irgendwelche Hilfe zu leisten.

Herr Harnisch suchte sich aufzurichten, seine Hand tastete nach dem elektrischen Knopf, um den Diener zu wecken.

Doch seine Kraft reichte nicht aus. Hilflos sank er zurück.

Als Franz so unvermittelt erschienen war, hatte Herr Harnisch mit einer hastigen Bewegung den Sessel vom Schreibtisch zurückgerollt. Nun war er nicht mehr imstande, sich zu rühren oder nach Hilfe zu rufen.

Wer hätte ihn auch hören sollen? Unter seinem Zimmer befand sich der Speiseaal, darüber lagen Stuben, die für Logierbesuche bestimmt waren.

Ein wohlthuendes Dämmern begann seine Sinne zu umfassen. Doch er durfte hier nicht ohnmächtig wer-

den. Mit einer surchtbaren Willensanstrengung suchte er sich zu erheben. Doch schwer fiel der Körper in den Sessel zurück.

Franz vernahm ein paar schwere, röhelnde Atemzüge, dann war es totensill in dem Raum.

Voll Entsetzen, mit stodemem Atem, machte er diese Wahrnehmung.

Er wandte sich sah ins Zimmer zurück. Um Himmels willen, was hatte er angerichtet?

Der Zustand, in welchem er sich vorhin befand, war doch wie eine Art Betäubung, wie ein Starrkrampf gewesen.

Er schüttelte sich förmlich, als wolle er den letzten Rest jener seelischen Bellemmung von sich tun.

Mit raschen Schritten näherte er sich dem Sessel, in dem weit zurückgesunken sein Oheim lebte.

War er tot?

Rein doch, nein! Grauen packte ihn bei dieser Vorstellung, und doch drängte der geheime Wunsch vor: Wenn es so wäre, wenn er nicht mehr atmete, dann waren alle Hindernisse, die Franz von dem reichen Erbe trennten, geschwunden.

Still und friedlich, mit stilllich geneigtem Kopfe, lehnte Herr Harnisch auf seinem Platz, die halbgeöffneten Augen waren geschlossen, auf der blauen Stirn thronte die Majestät des Todes.

Sanft, fast ohne Kampf, war er hinübergeschlummert zu einem besseren Leben. Nur die Linke hatte sich in der Gegend des Herzens seitgetraut in der weißen Weste.

Franz zweifelte noch. Lausend neigte er das Ohr gegen den geschlossenen Mund des Verstorbenen. Er wünschte und fürchtete den Tod desselben in gleichem Maße. Er fürchtete den Zufall, der ihm da noch ein

Verantwortungsgefühl aufgebildet, ihn in einen Konflikt gebracht hätte. Wenn er den Oheim tot aufgehoben hätte, so, dann hätte er sich ohne Strupel dieser Wendung, die er nicht vorgelesen, als eines Mitschuldners freuen können. Er hatte seinen Oheim nicht geliebt, hatte ihm nicht nahegestanden. Er bedauerte den Tod desselben nicht.

Aber daß da in seinem Innern jetzt eine Stimme raunte: „Du bist schuld, du hättest helfen können und hast es nicht getan“, das erregte seinen Unmut.

Zum Ausdruck! Er würde mit seinem Gewissen fertig zu werden wissen! Er wollte doch nicht wehleidig und sentimental werden, wo ihm alles so schnell und un erwartet nach Wunsch gegangen war!

Er richtete sich aus seiner gebückten Stellung auf und sah scharf auf den stillen Schläfer. Es konnte sich ja auch um eine Täuschung handeln. Fall wünschte er, daß sein Oheim am nächsten Morgen noch einmal erwacht wäre. Er wollte sich nicht über diesen Wunsch zu entscheiden. Alles wäre dann so in Frage gestellt gewesen, wenn Harnisch noch einmal am nächsten Tage zum Ueberlegen und Handeln fähig gewesen wäre.

Er berührte die blaße Stirn und die erkaltende Hand und schauerte zurück. Das war zweifellos der Tod, kein Erwachen war mehr zu befürchten.

Nun erlangte Franz seine kalte Ruhe zurück. Denn seinen Moment länger durfte er zögern, das zu tun, was er vorhatte. Noch konnte ein Zufall alles verteuern, ihn um den ganzen Vorteil bringen! War es so unmöglich, daß Almbra aus Besorgnis um den Vater noch ihm sah?

(Fortsetzung folgt.)